

Vierteljahresschrift zur empirischen
Wirtschaftsforschung, Jg. 43



■ Klaus-Heiner Röhl / Gerit Vogt

Unternehmensinsolvenzen

Anhaltender Rückgang bei fortbestehenden regionalen
Differenzen

Vorabversion aus: IW-Trends, 43. Jg. Nr. 3
Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Verantwortliche Redakteure:

Prof. Dr. Michael Grömling, Telefon: 0221 4981-776

Dr. Oliver Stettes, Telefon: 0221 4981-697

groemling@iwkoeln.de · stettes@iwkoeln.de · www.iwkoeln.de

Die IW-Trends erscheinen viermal jährlich, Bezugspreis € 50,75/Jahr inkl. Versandkosten.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über
lizenzen@iwkoeln.de, die erforderlichen Rechte für elektronische Pressespiegel unter
www.pressemonitor.de.

ISSN 0941-6838 (Printversion)

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2016 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-452

Fax: 0221 4981-445

iwmedien@iwkoeln.de

www.iwmedien.de

Unternehmensinsolvenzen – Anhaltender Rückgang bei fortbestehenden regionalen Differenzen

Klaus-Heiner Röhl / Gerit Vogt¹⁾, Juli 2016

Seit dem letzten Höhepunkt im Jahr 2003 geht die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland tendenziell zurück. Eine Ausnahme bilden die Krisenjahre 2008 und 2009. Für 2016 wird mit 22.000 Insolvenzfällen ein neuer Tiefststand seit der Jahrtausendwende erwartet. Der kräftige Rückgang der Unternehmensinsolvenzen seit 2003 lässt sich sowohl insgesamt als auch auf der Bundesländer-Ebene durch die positive Wirtschaftsentwicklung als entscheidendem gesamtwirtschaftlichem Faktor und die zunehmende Eigenkapitalquote der Unternehmen als unternehmensindividuelle Einflussgröße erklären. Der rückläufigen Insolvenzzahl steht aber eine ähnliche Abnahme der Gründungszahlen gegenüber. Die sogenannte Turbulenzrate in der Wirtschaft, die die Summe aus Gründungen und Schließungen zum Unternehmensbestand in Relation setzt, ist damit ebenfalls rückläufig. Dies kann eine abnehmende Modernisierung signalisieren. Diese Interpretation wird durch die schwache Produktivitätsentwicklung gestützt.

Stichwörter: Unternehmensinsolvenzen, Regionalentwicklung

JEL-Klassifikation: G33, R11

Anhaltender Rückgang der Insolvenzen

Der seit Jahren bestehende Trend zu rückläufigen Zahlen bei den Unternehmensinsolvenzen in Deutschland setzt sich auch am aktuellen Rand ungebrochen fort. Im ersten Quartal 2016 wurde mit 5.436 Insolvenzanzeigen erneut ein kräftiger Rückgang um 4,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal verzeichnet. Schätzungen des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) lassen im laufenden Jahr im Vergleich zu 2015 ebenfalls einen Rückgang der Insolvenzzahlen um etwa 5 Prozent auf rund 22.000 Fälle erwarten (BVR, 2016, 1). Im vergangenen Jahr wurden von den deutschen Amtsgerichten 23.123 Insolvenzfälle gemeldet, ihre Anzahl verminderte sich somit gegenüber dem Vorjahr um 4 Prozent (Statistisches Bundesamt, 2016a).

Abgesehen von einem kurzzeitigen Anstieg infolge der tiefen Rezession der Jahre 2008 und besonders 2009 sinkt die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen seit 2003, als eine Rekordzahl von 39.320 Fällen verzeichnet wurde, kontinuierlich. Dieser Rückgang lässt sich zum einen auf die aufwärts gerichtete Wirtschaftsentwicklung zurückführen. Er wird vermutlich jedoch auch von strukturellen Ursachen wie der fortlaufend verbesserten Eigenkapitalausstattung der deutschen Unternehmen und einem verminderten „Drehtüreffekt“ aufgrund rückläufiger Gründungszahlen bestimmt.

Begrenzte Auswirkungen der Krise 2009

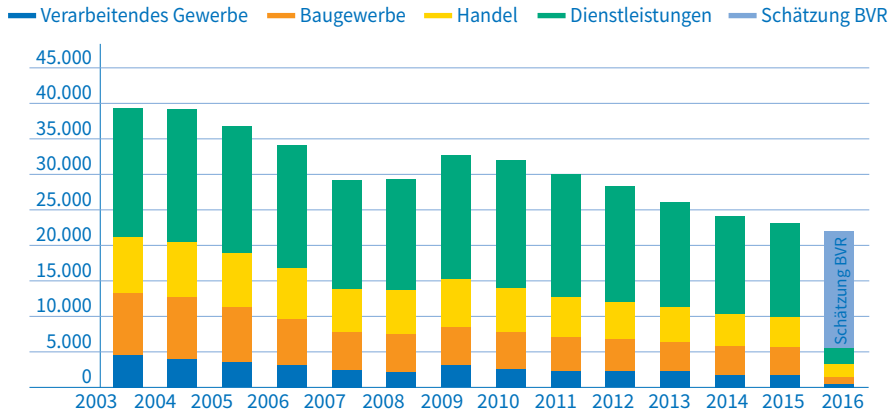
In dem von der Rezession besonders stark geprägten Jahr 2009 wurde angesichts der Schärfe des Einbruchs eine kräftige Zunahme der Insolvenzzahlen bis auf ein Niveau, wie es im Spitzenjahr 2003 registriert wurde, erwartet oder sogar mit einem Sprung auf über 40.000 Insolvenzen gerechnet (Euler Hermes, 2009). Tatsächlich stieg die Insolvenzzahl spürbar um mehr als 11 Prozent gegenüber 2008 an. Jedoch fiel die Zunahme mit 32.687 Fällen trotzdem deutlich verhaltener aus, als es aufgrund eines Rückgangs der Wirtschaftsleistung um 5,6 Prozent – der schwerste Einbruch der Nachkriegszeit – zu befürchten war. Es zeigte sich, dass der Anstieg der Eigenkapitalquoten der Unternehmen seit der Jahrtausendwende bereits zu einer erhöhten Stabilität des Unternehmenssektors geführt hatte. Hilfreich war aber sicherlich auch das schnelle Überwinden der tiefen Krise: Im Jahr 2010, als die Wirtschaftsleistung wieder um 4,1 Prozent zulegte, wurde im Nachgang des Wirtschaftseinbruchs im Vorjahr immer noch eine höhere Insolvenzzahl als 2008 verzeichnet (Abbildung 1). Doch viele Unternehmen konnten ihre Produktion bereits wieder fast auf Vorkrisenniveau hochfahren und angesichts sich wieder füllender Auftragsbücher auch ihre Kreditwürdigkeit gegenüber den Banken erhalten.

Ein weiterer Grund für den überschaubaren Anstieg der Insolvenzzahlen könnte ihre Sektoralstruktur sein: Ein Großteil der Insolvenzen erfolgte generell in den eher binnenwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftsbereichen Dienstleistungen, Gastronomie, Handel und Bauwirtschaft. Der heftige, aber kurze Wirtschaftseinbruch betraf jedoch vor allem das Verarbeitende Gewerbe, auf das im Durchschnitt der letzten zehn Jahre nur 8,2 Prozent der Insolvenzen entfielen (Abbildung 1). Im Jahr 2009 stieg der Industrieanteil zwar auf 9,5 Prozent an, er lag jedoch immer noch niedriger als in den Jahren direkt nach der Insolvenzrechtsreform von 1999

Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland

Abbildung 1

Anzahl der Insolvenzfälle nach Wirtschaftsbereichen



2016: Zahlen für das erste Quartal und BVR-Schätzung für das Gesamtjahr.

Quellen: BVR; Statistisches Bundesamt, 2016d; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/295783/storage/master/download/abb1.xlsx

bis 2005. Aufgrund der geringeren Krisenbetroffenheit der binnenwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftssektoren, auf die langfristig rund neun von zehn Insolvenzen entfallen, hielt sich auch der Gesamtanstieg der Insolvenzen in Grenzen.

Auch wenn die Insolvenzzahlen weniger anzogen als zunächst befürchtet wurde, waren die Folgen des Einbruchs mehrere Jahre in der Insolvenzstatistik ablesbar. Erst 2012 wurde das Vorkrisenniveau anhand der Gesamtzahl der Insolvenzen wieder geringfügig unterschritten. In den Folgejahren setzte ein weiterer kräftiger Rückgang ein, der sich bislang fortsetzt.

Reform des Insolvenzrechts ließ Insolvenzzahlen zunächst steigen

Im Jahr 1999 wurde das deutsche Insolvenzrecht mit dem Ziel reformiert, eine höhere Anzahl von Unternehmensfortführungen durch eine Sanierung zu erreichen und das seit der Vereinigung von Ost- und Westdeutschland unterschiedliche Insolvenzrecht zu vereinheitlichen. Im Insolvenzplanverfahren können die Unternehmen seither ihre Geschäfte unter Gläubigerschutz fortführen, während erfahrene Insolvenzverwalter einen Sanierungsplan erarbeiten und/oder einen Käufer für das angeschlagene Unternehmen suchen (Röhl, 2012). Dafür muss die Führung

eines Krisenunternehmens aber früher den Gang zum Insolvenzgericht antreten, und zwar schon bei drohender Überschuldung. Nach den Erfahrungen mit dem zuvor gültigen Insolvenzrecht wurden Insolvenzanträge häufig zu spät gestellt, sodass der Substanzverzehr weder eine Sanierung der betreffenden Unternehmen noch eine Verwertung nennenswerter Aktiva zugunsten der Gläubiger zuließ. Mit der Reform erhoffte man sich mehr Geschäftsfortführungen durch Sanierung im laufenden Betrieb oder eine Übernahme. Die Rechtsänderung führte jedoch vermutlich aufgrund der Notwendigkeit einer früheren Insolvenzanzeige zunächst zu einem kräftigen Anstieg der Insolvenzen, bevor es 2003 zu einer Trendwende kam.

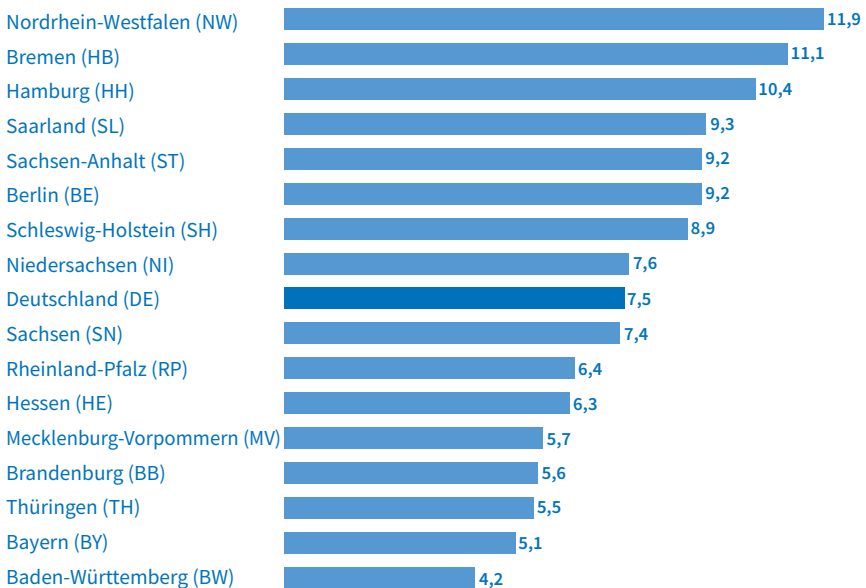
Fortbestehende regionale Differenzen

Trotz des allgemein rückläufigen Trends ist die Betroffenheit von Unternehmensinsolvenzen innerhalb Deutschlands sehr unterschiedlich ausgeprägt. Dies wird in Abbildung 2 anhand eines Vergleichs der Insolvenzquoten der Bundesländer ge-

Insolvenzquoten nach Bundesländern

Abbildung 2

Unternehmensinsolvenzen im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2015 je 1.000 Unternehmen



Quellen: BVR; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

zeigt. Zur Berechnung der Insolvenzquoten wurde die Anzahl der von Insolvenzen betroffenen Unternehmen ins Verhältnis zu der Anzahl aller Unternehmen gesetzt. Letztere wurden der Steuerstatistik entnommen. Die Gegenüberstellung in der Abbildung stützt sich auf die Durchschnittswerte mehrerer Jahre, um den Einfluss möglicher Sondereffekte, die die Werte für einzelne Jahre verzerren können, zu vermindern. Dabei werden die Durchschnittswerte der Insolvenzfälle der Jahre 2013 bis 2015 der Anzahl der Unternehmen gegenübergestellt, die in der jüngsten Umsatzsteuerstatistik von 2014 erfasst sind (Statistisches Bundesamt, 2014; 2015; 2016a; 2016b).

Im Durchschnitt der letzten drei Jahre wies Nordrhein-Westfalen unter allen Bundesländern mit 11,9 Insolvenzen je 1.000 Unternehmen die höchste Quote auf. Auch in den Stadtstaaten Bremen (11,1) und Hamburg (10,4) lag die Insolvenzquote deutlich über dem bundesweiten Mittelwert von 7,5 Fällen je 1.000 Unternehmen. Dagegen schnitt Berlin mit 9,2 Fällen pro 1.000 Unternehmen weniger schlecht, aber oberhalb des Bundesdurchschnitts ab. Am anderen Ende der Verteilung befinden sich Baden-Württemberg (4,2), Bayern (5,1) und Thüringen (5,5), deren Insolvenzquoten nur etwa halb so hoch waren wie jene von Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg.

Gesamtwirtschaftliche und unternehmensbezogene Einflüsse

Vielfältige Einflussfaktoren sind dafür verantwortlich, dass ein Unternehmen in Schieflage gerät und letztlich die Geschäftsführung den Gang zum Insolvenzgericht antreten muss. Üblicherweise gehen einer Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit unternehmerische Fehlentscheidungen voraus. Die mikroökonomischen Merkmale, die die Insolvenzwahrscheinlichkeit eines Unternehmens bestimmen, werden zum Beispiel von Altman und Narayanan (1997) analysiert. Wesentliche Einflussfaktoren bilden die Unternehmensrendite (Lehment et al., 1997) und die Eigenkapitalausstattung. Doch auch das wirtschaftliche Umfeld, die Konkurrenzsituation auf dem jeweiligen Markt und staatliche Regulierungen und Eingriffe können einen Einfluss darauf haben, ob Unternehmensinsolvenzen zunehmen oder abnehmen (Bindewald, 2004).

Neben unternehmensseitigen Einflussfaktoren wie der rechtzeitigen Reaktion auf strukturelle Veränderungen auf den Absatzmärkten oder auf neue Konkurrenten,

die aufgrund niedrigerer Lohnniveaus günstigere Produktionskosten verzeichnen, und der nachfolgend betrachteten Entwicklung der Eigenkapitalquoten beeinflussen auch die nicht von dem Unternehmen beeinflussbaren Faktoren, zum Beispiel Kostenschocks, die konjunkturelle Entwicklung und das langfristige Wachstum das Insolvenzgeschehen.

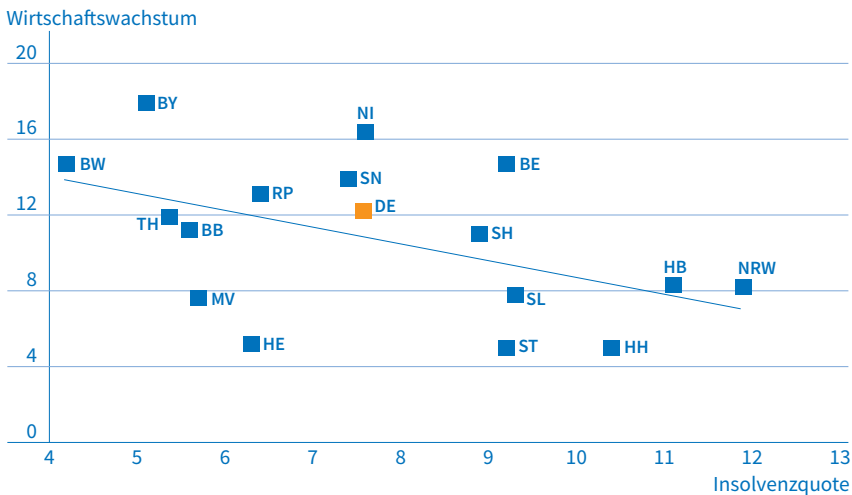
Einfluss des Wirtschaftswachstums

Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ist im Allgemeinen negativ mit den Unternehmensinsolvenzen korreliert (Dewaelheyns/Hulle, 2007, 544; Ricar, 2014, 27). In zwei aktuellen Analysen des BVR (2014; 2015) wird auf den kurzfristigen Zusammenhang zwischen den vierteljährlichen Veränderungsrate des BIP und den Veränderungsrate der Insolvenzzahl in Deutschland eingegangen. In Zeiten hohen Wirtschaftswachstums ist tendenziell mit weniger Insolvenzen zu rechnen, da sich die Wettbewerbssituation zwischen den Unternehmen entschärft und der Preisdruck nachlässt. Konjunkturelle Schwächephasen werden hingegen häufig von einer Zunahme der Insolvenzzahlen begleitet. Dieser negative Zusammenhang

Wirtschaftswachstum und Unternehmensinsolvenzen

Abbildung 3

Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Insolvenzquote im Zeitraum 2013 bis 2015 und der Veränderung des realen BIP im Zeitraum 2003 bis 2013 in Prozentpunkten



Quellen: BVR; VGR der Länder, 2015; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



wird vom BVR regelmäßig für die Erstellung von Prognosen zur Entwicklung der Firmeninsolvenzen genutzt und bildet den Ausgangspunkt für die in Abbildung 1 enthaltene und nachfolgend vorgestellte Insolvenzprognose für 2016.

Auch langfristig scheint zu gelten, dass ein höheres Wirtschaftswachstum zu einer Entspannung des Insolvenzgeschehens führt. Dies legt zumindest der in Abbildung 3 dargestellte Vergleich nahe, der den negativen Zusammenhang zwischen der längerfristigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und dem aktuellen Insolvenzgeschehen beschreibt. Hier werden die durchschnittlichen Insolvenzquoten gemäß Abbildung 2 dem Wirtschaftswachstum der Bundesländer im Zeitraum vom Höchststand im Jahr 2003 bis zum Jahr 2013 gegenübergestellt.

Demnach verzeichneten die beiden Länder mit den niedrigsten Insolvenzquoten, Baden-Württemberg und Bayern, in der Vergangenheit einen gemessen an der bundesweiten Entwicklung deutlich überproportionalen Anstieg ihres preisbereinigten BIP. In den beiden südlichen Ländern lag das Gesamtwachstum im Zeitraum 2003 bis 2013 bei 14,7 und 17,9 Prozent gegenüber 11,9 Prozent im Bundesdurchschnitt. Dagegen fiel das Wirtschaftswachstum in den beiden Bundesländern mit den höchsten Insolvenzquoten, Nordrhein-Westfalen und Bremen, im gleichen Zeitraum mit 8,2 und 8,3 Prozent unterdurchschnittlich aus. Hamburg, das die dritthöchste Insolvenzquote hatte, wies zusammen mit Sachsen-Anhalt im Betrachtungszeitraum das geringste Wirtschaftswachstum auf.

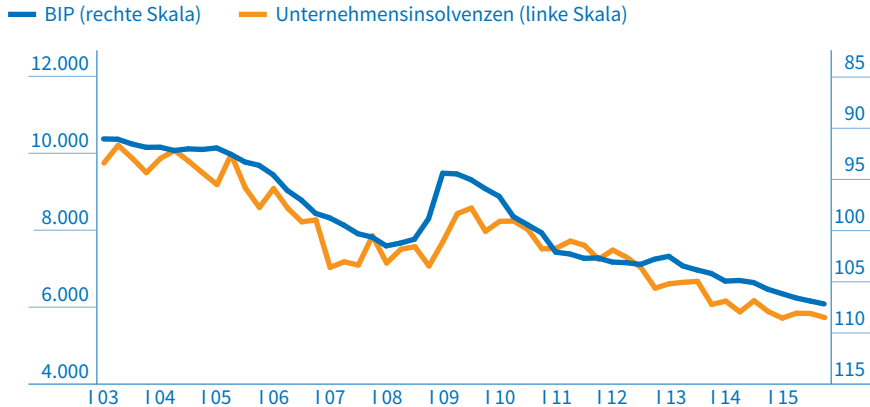
Kurz- und langfristige Zusammenhänge

Nachfolgend wird der Zusammenhang zwischen den Unternehmensinsolvenzen und der Veränderung des preisbereinigten BIP genauer analysiert und dabei werden die kurz- und langfristigen Dynamiken zwischen den beiden Größen herausgearbeitet. Hierzu können nur die Daten für Deutschland insgesamt herangezogen werden, da die BIP-Angaben auf der Ebene der Bundesländer im Allgemeinen lediglich in jährlicher Frequenz vorliegen und somit keine Analyse kurzfristiger Zusammenhänge auf Basis von Quartalswerten erlauben. In Abbildung 4 werden die vierteljährlichen Angaben zu den Unternehmensinsolvenzen dem in umgekehrter Reihenfolge skalierten BIP im Zeitraum vom ersten Quartal 2003 bis zum vierten Quartal 2015 gegenübergestellt. Die BIP-Reihe ist nicht nur preis-, sondern auch kalender- und saisonbereinigt, da sie in originärer Form ein starkes

Zusammenhang zwischen Insolvenzen und BIP

Abbildung 4

Unternehmensinsolvenzen (Fallzahl je Quartal) und preis-, kalender- und saisonbereinigtes BIP, Quartalswerte (Index 2010 = 100 in umgekehrter Reihenfolge)



Quellen: BVR; Statistisches Bundesamt, 2016c; 2016d; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/295786/storage/master/download/abb4.xlsx

saisonales Muster aufweist. Bei den Unternehmensinsolvenzen werden originäre Angaben verwendet, weil sie nur ein gering ausgeprägtes Saisonmuster zeigen.

Wird das BIP invertiert abgebildet, dann folgen die beiden Zeitreihen im dargestellten Zeitraum offensichtlich einem gemeinsamen Trend. Dies lässt vermuten, dass zwischen den Unternehmensinsolvenzen und dem BIP eine langfristige Gleichgewichtsbeziehung (Engle/Granger, 1987) besteht. Die Bedingung für das Vorliegen einer solchen Kointegration ist, dass die einbezogenen Zeitreihen den gleichen Integrationsgrad aufweisen und dass die Residuen des Kointegrationsmodells stationär sind. Dies wird anhand verschiedener Tests überprüft. Zuvor werden die beiden Reihen logarithmiert, da dies die Interpretation der Schätzergebnisse vereinfacht. Die Tests legen auf einem Signifikanzniveau von über 90 Prozent nahe, dass die beiden Reihen den gleichen Integrationsgrad aufweisen und kointegriert sind. Auf Basis des Kointegrationsmodells kann in einem zweiten Schritt ein Fehlerkorrekturmodell geschätzt werden, das die kurzfristige Dynamik der Anpassung an das langfristige Gleichgewicht beschreibt.

Schätzergebnisse des Fehlerkorrekturmodells

Tabelle 1

$$\Delta \text{INS}_t = \alpha_0 + \alpha_1 \Delta \text{BIP}_t + \alpha_2 (\text{INS}_{t-1} - \beta_1 - \beta_2 \text{BIP}_{t-1}) + \varepsilon_t$$

Koeffizienten (t-Werte)

α_0	=	-0,005	(-0,827)
α_1	=	-0,796***	(-2,728)
α_2	=	-0,501***	(-3,816)
β_1	=	23,988***	(23,188)
β_2	=	-3,268***	(-14,547)
R^2	=	0,328	

***, ** und * zeigen Signifikanz auf dem 1%-, 5%- und 10%-Signifikanzniveau.
 Quellen: BVR; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Betrachtet werden im Fehlerkorrekturmodell die Differenzen der logarithmierten Insolvenzzahl zum Vorquartal (ΔINS), die als kurzfristige Veränderungsrate interpretiert werden können. Die Regressionsgleichung und die zentralen Schätzergebnisse des Fehlerkorrekturmodells werden in Tabelle 1 vorgestellt. Die Schätzungen legen für das preisbereinigte BIP bezüglich der Unternehmensinsolvenzen eine langfristige Elastizität von rund -3 und eine kurzfristige Elastizität von etwa -1 nahe (Koeffizienten β_2 und α_1). Dies bedeutet, dass in langfristiger Betrachtung eine Erhöhung des preisbereinigten BIP um 1 Prozent zu einer Verminderung der Insolvenzzahl um rund 3 Prozent führt. In kurzfristiger Betrachtung, von Quartal zu Quartal, lassen die Schätzungen bei einem Anstieg des BIP um 1 Prozent einen Rückgang der Unternehmensinsolvenzen um ebenfalls etwa 1 Prozent erwarten. Abweichungen von dem langfristigen Gleichgewicht bauen sich den Ergebnissen der Schätzung zufolge vergleichsweise schnell ab. Gemäß dem Fehlerkorrekturmodell werden die Abweichungen im Durchschnitt innerhalb eines Quartals um rund 50 Prozent vermindert (Koeffizient α_2).

Die im Rahmen der Kointegrationsanalyse ermittelte langfristige Elastizität von -3 lässt sich auch als „Faustformel“ zur Erstellung von Prognosen verwenden. Allerdings müssen zuvor Annahmen über die Entwicklung des preisbereinigten BIP getroffen werden. Der hier vorgestellten Prognose wurde ein Anstieg des realen BIP in Deutschland im Jahr 2016 in Höhe von 1,6 Prozent zugrunde gelegt. Demnach ist in diesem Jahr mit einem Rückgang der Unternehmensinsolvenzen um rund 5 Prozent zu rechnen. Die Aussagekraft des Fehlerkorrekturmodells darf allerdings nicht überinterpretiert werden. Die ermittelten statistischen Zusammenhänge

beschreiben die Vergangenheit. Sie lassen sich nicht unendlich in die Zukunft fortschreiben, da das preisbereinigte BIP in der langen Frist weiter aufwärts tendieren dürfte, während die Insolvenzzahl früher oder später eine Grenze erreichen wird, die nicht unterschritten werden kann. Bislang gibt es allerdings noch keine Hinweise dafür, dass diese Untergrenze in naher Zukunft erreicht sein wird.

Eigenkapital schützt vor Insolvenz

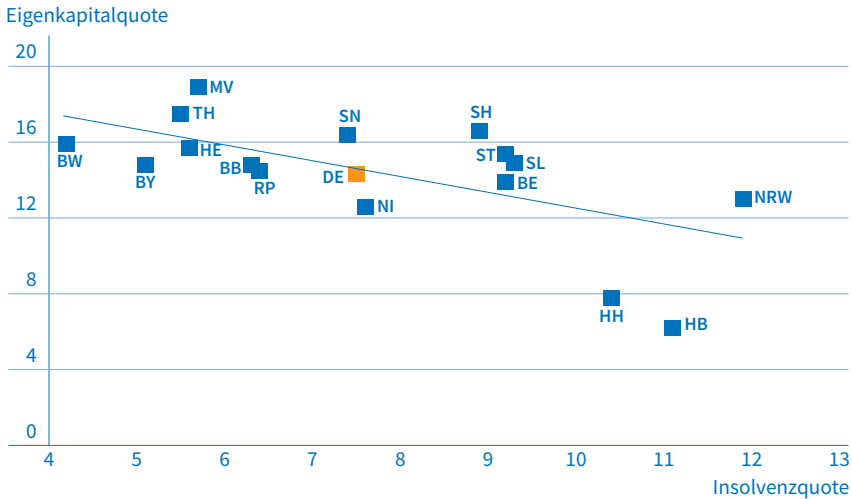
Ein weiterer wichtiger Einflussfaktor für die Höhe der Insolvenzquoten und damit für die Streuung der Quoten zwischen den Ländern besteht offenbar in der unterschiedlichen Entwicklung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen. Seit dem Jahr 2000 konnten die Unternehmen in Deutschland ihre Eigenkapitalbasis kontinuierlich verbessern (Bendel et al., 2016). Generell sollten Unternehmen mit einer hohen Eigenkapitalquote eher in der Lage sein, konjunkturelle Durststrecken durchzustehen, als Unternehmen, die nur über wenig Eigenmittel verfügen. Deshalb sollte hier ein wichtiger Bestimmungsgrund der rückläufigen Insolvenzzahlen zu vermuten sein. Die kontinuierliche Stärkung des Eigenkapitals ist auch auf die unter dem Stichwort Basel II bekannte Novellierung der Bankenregulierung zurückzuführen. Mit ihrer Einführung Anfang 2007 wurde ein Ratingverfahren für Kreditvergaben an Unternehmen etabliert, doch entfaltete die Neuregelung schon vorher ihre Wirkung (Lichtblau/Röhl, 2004). Als entscheidend für die Unternehmensstabilität und die Sicherheit der vergebenen Kredite stellte sich die Eigenkapitalausstattung heraus. Diese wurde damit zu einem sehr wichtigen Kriterium für die Kreditvergabekonditionen (Trautvetter, 2011).

Einer Studie von BVR, DZ BANK und WGZ BANK (2015) zufolge ist die durchschnittliche Eigenkapitalquote der mittelständischen Firmenkunden von Volksbanken und Raiffeisenbanken in den vergangenen Jahren ebenfalls stetig gestiegen. Dieser Unternehmenskreis kann als relativ gutes Abbild der potenziell insolvenzgefährdeten Unternehmen insgesamt angesehen werden, denn rund 98 Prozent der insolventen Unternehmen sind Kleinbetriebe und Mittelständler mit maximal 50 Mitarbeitern (Creditreform, 2015). Nur 0,7 Prozent der Insolvenzfälle betreffen Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten. Diese Dominanz von Mittelstand und Kleinbetrieben lässt sich auch über die Jahre hinweg feststellen.

Eigenkapitalausstattung und Unternehmensinsolvenzen

Abbildung 5

Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Insolvenzquote im Zeitraum 2013 bis 2015 und der Veränderung der Eigenkapitalquote im Zeitraum 2003 bis 2013 in Prozentpunkten



Quellen: BVR; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/295787/storage/master/download/abb5.xlsx

Die Eigenkapitalquote legte bundesweit seit dem Insolvenzen-Höchststand von 2003 sehr deutlich um 14,3 Prozentpunkte auf 23,9 Prozent im Jahr 2013 zu. Im Vergleich der Bundesländer fiel der Anstieg jedoch unterschiedlich stark aus. Wie aus der Abbildung 5 hervorgeht, zeigten die ostdeutschen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen mit einer Zunahme um 18,9 und um 17,5 Prozentpunkte die deutlichsten Fortschritte bei der Erhöhung der Eigenmittel. Es verwundert daher nicht, dass diese beiden Länder zuletzt unterdurchschnittlich hohe Insolvenzquoten aufwiesen. In den beiden hanseatischen Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit ihren hohen Insolvenzquoten konnten die Unternehmen ihre Eigenkapitalquoten mit einem Zuwachs von 6,2 und 7,8 Prozentpunkten hingegen deutlich weniger erhöhen.

Gemeinsamer Einfluss von Wachstum und Eigenkapitalausstattung

Dass die langfristigen Veränderungsdaten des BIP und der Eigenkapitalquote einen wesentlichen Einfluss auf die Insolvenzrisikowahrscheinlichkeit haben und deshalb einen Beitrag zur Erklärung der regionalen Unterschiede im aktuellen Insolvenzge-

Determinanten für die Insolvenzquoten der Bundesländer

Tabelle 2

$$\text{INSQ} = \alpha + \beta \text{ dBIP} + \gamma \text{ dEKQ} + \varepsilon_t$$

Koeffizienten (t-Werte)

$$\alpha = 15,530^{***} (7,280)$$

$$\beta = -0,196^* (-1,774)$$

$$\gamma = -0,397^{**} (-2,826)$$

$$R^2 = 0,521$$

***, ** und * zeigen Signifikanz auf dem 1%-, 5%- und 10%-Signifikanzniveau.
Quellen: BVR; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



schehen leisten können, legen auch die Ergebnisse einer Regressionsschätzung nahe (Tabelle 2). Ausgangspunkt für diese Schätzung ist eine Gleichung, in der die in Abbildung 2 dokumentierten Insolvenzquoten (INSQ) als zu erklärende Variable und die in den Abbildungen 3 und 5 dargestellten langjährigen Veränderungsrate des BIP (dBIP) und der Eigenkapitalquote (dEKQ) zusammen mit einer Konstanten als erklärende Variablen eingehen. Die Schätzergebnisse signalisieren, dass die Koeffizienten von dBIP (β) und dEKQ (γ) negativ und auf einem Vertrauensniveau von 90 Prozent signifikant von null verschieden sind. Mit der Regressionsgleichung kann in etwa die Hälfte der beobachteten Streuung der Insolvenzquoten beschrieben werden, das Bestimmtheitsmaß beträgt 0,521.

Neben den langfristigen Veränderungsrate des BIP und der Eigenkapitalquoten wurden auch weitere Größen in die Untersuchung einbezogen. So wurde beispielsweise betrachtet, ob die langfristige Veränderung der Arbeitslosenquoten, die durchschnittlichen Umsatzrentabilitäten der mittelständischen Firmenkunden von Volksbanken und Raiffeisenbanken oder Ost/West- sowie Stadtstaaten-Dummy-Variablen den Erklärungsgehalt des Regressionsmodells erhöhen können. Die Größen haben sich aber in der Regel als statistisch nicht signifikant und wenig robust gegenüber Modellvariationen erwiesen.

Fazit und weiterführende Überlegungen

Der kräftige Rückgang der Anzahl der Unternehmensinsolvenzen um 41 Prozent seit dem Höhepunkt 2003 lässt sich zu einem nicht geringen Teil durch die positive

Wirtschaftsentwicklung als entscheidendem gesamtwirtschaftlichem Faktor und die zunehmende Eigenkapitalquote der Unternehmen als unternehmensindividuelle Einflussgröße erklären. Die beträchtlichen Differenzen in den Insolvenzquoten der Bundesländer – mit einer fast dreimal so hohen Quote von 11,9 Insolvenzfällen je 1.000 Unternehmen in Nordrhein-Westfalen gegenüber nur 4,1 Fällen in Baden-Württemberg im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2015 – können etwa zur Hälfte auf das divergierende BIP-Wachstum und die unterschiedliche Entwicklung der durchschnittlichen Eigenkapitalquoten in den Bundesländern seit 2003 zurückgeführt werden.

Die positive Entwicklung der Insolvenzzahlen seit 2003 spiegelt die parallele Entspannung auf dem Arbeitsmarkt wider, die allerdings erst zwei Jahre später einsetzte. In beiden Fällen haben Reformen zunächst einen Anstieg der Zahlen bewirkt, bevor sie gemeinsam mit der verbesserten gesamtwirtschaftlichen Lage zu einer anhaltenden Reduktion beigetragen haben. Das fortlaufende Absinken der Insolvenzfälle gibt vordergründig Anlass zur Freude. Mit der rückläufigen Anzahl zahlungsunfähiger Unternehmen sinken die Belastungen, die andere Betriebe und Kreditinstitute durch Forderungsausfälle zu verkraften haben. Auch weniger von Insolvenzen betroffene Mitarbeiter müssen sich einen neuen Arbeitsplatz suchen sowie Arbeitslosigkeit und vorübergehende oder dauerhafte Lohneinbußen in Kauf nehmen. Die Daten für die Bundesländer zeigen einen deutlichen Zusammenhang mit dem jeweiligen ökonomischen Erfolg.

Doch langfristig bringt diese Entwicklung möglicherweise nicht nur Vorteile. Marktaustritte sind ebenso wie Unternehmensgründungen eine Begleiterscheinung des Strukturwandels, der für eine kontinuierliche Erneuerung der Wirtschaft und Durchsetzung von Innovationen notwendig ist. Insofern ist es zu hinterfragen, inwieweit die rückläufigen Insolvenzzahlen Ausdruck der guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind und welcher Anteil auf einen rückläufigen Wettbewerbsdruck aufgrund fehlender Markteintritte von Unternehmen mit neuen Geschäftsmodellen zurückzuführen sein könnte. Letzteres gilt vor allem für binnenwirtschaftlich ausgerichtete Branchen, während es im Verarbeitenden Gewerbe und bei handelbaren Dienstleistungen aufgrund der grenzüberschreitenden Märkte immer eine Konkurrenzsituation durch internationale Wettbewerber geben dürfte.

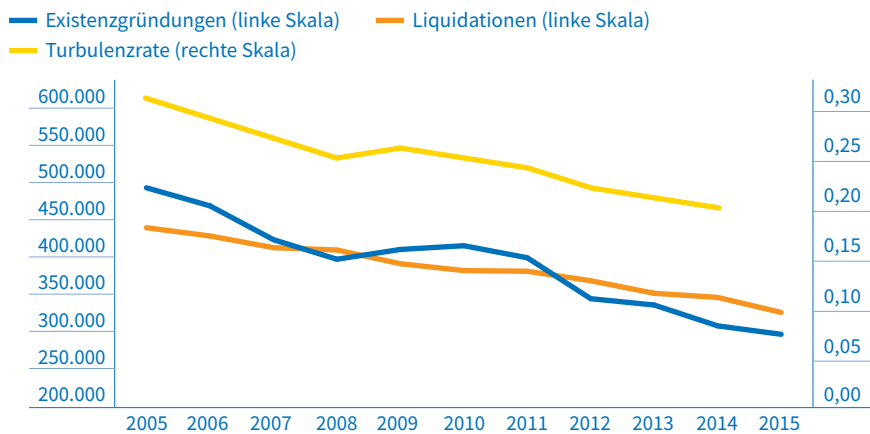
Volkswirtschaftlich macht die „Weiterführung eines maroden Unternehmens ... keinen Sinn“ (Bindewald, 2004, 10). Ohne Betriebsaufgaben drohen die Zementierung überholter Strukturen und eine Abnahme der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung. Tatsächlich ist der Produktivitätszuwachs gemessen anhand der Arbeitsproduktivität in Deutschland bereits seit Jahren rückläufig (OECD, 2016). Insofern ist die sinkende Insolvenzzahl, der eine ähnliche Abnahme der Gründungszahlen gegenübersteht (Röhl, 2016), nicht nur positiv zu bewerten. Die sogenannte Turbulenzrate in der Wirtschaft, die die Summe aus Gründungen und Schließungen zum Unternehmensbestand in Relation setzt (Fritsch/Niese, 2004, 29), sinkt und Neuerungen setzen sich immer langsamer durch (Abbildung 6). Dies gilt möglicherweise weniger für die Industrie, in der viele Innovationen in bestehenden Unternehmen entstehen, jedoch für die Digitalwirtschaft und neue Geschäftsmodelle im Dienstleistungsbereich.

Verbesserte Rahmenbedingungen für die Unternehmen sind wichtig für eine stärkere Produktivitätsentwicklung. Durch eine Vielzahl neuer Regulierungen, vom Mindestlohn bis zur kürzlich beschlossenen Einschränkung der Zeitarbeit, wurde zuletzt die wirtschaftliche Dynamik seitens der Politik ausgebremst. Dies erschwert Firmengründungen, hat aber auf die Anzahl der Insolvenzen vermutlich nur einen

Turbulenzrate in Deutschland

Abbildung 6

Anzahl der Existenzgründungen und Liquidationen sowie Turbulenzrate¹⁾ in Prozent



1) Existenzgründungen und Liquidationen in Prozent des Unternehmensbestands. Angaben zum Unternehmensbestand liegen nur bis 2013 vor.

Quellen: Institut für Mittelstandsforschung; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

punktuellen Einfluss, der auf die besonders betroffenen Branchen beschränkt bleibt. Die abnehmende Dynamik senkt die Turbulenzrate und könnte damit neben den Gründungen indirekt auch die Anzahl der Insolvenzen senken. Paradoxe Weise könnten verbesserte Rahmenbedingungen für Unternehmen unter dem Strich demgegenüber langfristig sogar insolvenzsteigernd wirken, indem sie Gründungen anregen, die dann wiederum bestehende Unternehmen mit veralteten Produkten oder Prozessen vom Markt verdrängen. Ähnliches gilt für die prinzipiell positiv zu bewertende Erhöhung der staatlichen Investitionen in Verkehrsinfrastrukturen, Breitbandnetze und Bildung, die prinzipiell neue Geschäftsfelder eröffnen und produktivitätssteigernd wirken.

1) Gerit Vogt arbeitet beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR).

Literatur

Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, 2015, Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2014, Reihe 1, Bd. 1, Stuttgart

Altman, Edward I. / Narayanan, Paul, 1997, An International Survey of Business Failure Classification Models, in: Financial Markets, Institutions & Instruments, 6. Jg., Nr. 2, S. 1–57

Bendel, Daniel / Demary, Markus / Voigtländer, Michael, 2016, Entwicklung der Unternehmensfinanzierung in Deutschland, in: IW-Trends, 43. Jg., Nr. 1, S. 37–54

Bindewald, Armin, 2004, Unternehmensinsolvenzen in Deutschland und ihre Bedeutung für die volkswirtschaftliche Entwicklung, Was erfolgreiche Unternehmen ausmacht: Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis, Heidelberg

BVR – Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, 2014, Abwärtstrend bei den Unternehmensinsolvenzen dürfte sich 2014 fortsetzen, Volkswirtschaft special, Nr. 2, Berlin

BVR, 2015, Unternehmensinsolvenzen dürften 2015 erneut zurückgehen, Volkswirtschaft special, Nr. 3, Berlin

BVR, 2016, Insolvenzgeschehen weiterhin rückläufig, Volkswirtschaft special, Nr. 3, Berlin

BVR / DZ BANK / WGZ BANK, 2015, Mittelstand im Mittelpunkt, Ausgabe Herbst 2015, Frankfurt am Main

Creditreform, 2015, Insolvenzen in Deutschland, Jahr 2015, https://www.creditreform.de/fileadmin/user_upload/crefo/download_de/news_termine/wirtschaftsforschung/insolvenzen-deutschland/Analyse_Insolvenzen_in_Deutschland__Jahr_2015.pdf [22.6.2016]

Dewaelheyns, Nico / Hulle, Cynthia van, 2007, Aggregate bankruptcy rates and the macroeconomic environment: Forecasting systematic probabilities of default, in: Tijdschrift voor Economie en Management Vol. LII, Nr. 4, S. 541–565

Engle, Robert F. / Granger, Clive W., 1987, Co-Integration and Error Correction: Representation, Estimation, and Testing, in: Econometrica, 55. Jg., Nr. 2, S. 251–276

Euler Hermes, 2009, Insolvenzen in Zeiten der Finanzkrise, Befragung von Insolvenzverwaltern zu Entwicklung, Ursachen, Konsequenzen, Wirtschaft Konkret, Nr. 107, Hamburg

Fritsch, Michael / Niese, Michael, 2004, Entwicklung und sektorale Struktur von Gründungen und Stilllegungen in Deutschland, in: Fritsch, Michael / Grotz, Reinhold, Empirische Analysen zum Gründungsgeschehen in Deutschland, Berlin / Heidelberg, S. 19–40

Lehment, Harmen / Blevins, Christopher / Sjøvoll, Espen, 1997, Gesamtwirtschaftliche Bestimmungsgründe der Insolvenzentwicklung in Deutschland, Institut für Weltwirtschaft, Working Papers, Nr. 842, Kiel

Lichtblau, Karl / Röhl, Klaus-Heiner, 2004, Rating – Was kommt auf die Unternehmen zu?, IW-Analysen, Nr. 4, Köln

OECD – Organisation for Co-operation and Economic Development, 2016, OECD Compendium of Productivity Indicators 2016, Paris

Ricar, Michal, 2014, Macroeconomic Modelling of a Firm's Default, in: Acta Oeconomica Pragensia, 1. Jg., S. 27–40

Röhl, Klaus-Heiner, 2012, Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland, in: Wirtschaftsdienst, 92. Jg., Nr. 9, S. 640–642

Röhl, Klaus-Heiner, 2016, Unternehmensgründungen – Mehr innovative Startups durch einen Kulturwandel für Entrepreneurship?, IW policy paper, Nr. 2, Köln

Statistisches Bundesamt, 2014, Unternehmen und Arbeitsstätten, Fachserie 2, Reihe 4.1 – Dezember und Jahr 2013, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2015, Unternehmen und Arbeitsstätten, Fachserie 2, Reihe 4.1 – Dezember und Jahr 2014, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2016a, Unternehmen und Arbeitsstätten, Fachserie 2 Reihe 4.1 – Dezember und Jahr 2015, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2016b, Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen), Fachserie 14, Reihe 8.1 – 2014, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2016c, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Inlandsproduktsberechnung, Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1, Fachserie 18, Reihe 1.3 – 4. Vierteljahr 2015, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2016d, Insolvenzen nach Monaten (ab 2003), Wiesbaden

Trautvetter, Andreas, 2011, Bedeutung der Eigenkapitalausstattung für den Mittelstand, HWWI policy paper, Nr. 56, Hamburg

A Sustained Decline in Corporate Insolvencies – Albeit with Regional Differences

With the exception of the crisis years 2008 and 2009 the number of Germany's corporate insolvencies has declined steadily from its peak in 2003. Indeed, 2016 is expected to set a new record low for the new millennium of only 22,000 bankruptcies. Two causes can be identified for this substantial fall: at the federal and state levels economic growth has proved a decisive factor, while for individual enterprises growing equity ratios have had a benevolent influence. On the other hand, the declining number of insolvencies has been accompanied by a similar drop in the number of start-ups. As a result, the ratio of start-ups and closures to the total number of companies, known as the turbulence rate, is also decreasing, possibly signalling a decline in modernization of the German economy.

IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 43. Jahrgang, Heft 3/2016; ISSN 0941-6838 (Printversion); ISSN 1864-810X (Onlineversion). Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über lizenzen@iwkoeln.de, die erforderlichen Rechte für elektronische Pressespiegel unter www.pressemonitor.de © 2016, IW Medien GmbH, Köln; DOI: 10.2373/1864-810X.16-03-02